

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis90/Die Grünen, der FDP und
DIE LINKE**Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft umsetzen – Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz nachträglich befristen****Gesetz zur Änderung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes**

Am 7. Dezember 2017 hat die Bürgerschaft (Landtag) das Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) in der Drucksache 19/1273 in zweiter Lesung beschlossen. Damit gelten bereits ab dem 15. Dezember 2017 (Brem.GBl. 2017, 730) die Vorgaben und Richtlinien des neuen Gesetzes und der Personalverordnung.

Bereits am 9. November 2017 hatte die Bürgerschaft (Landtag) das Gesetz mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in erster Lesung beschlossen. Damals wurde mit der Drucksache 19/1355 außerdem der Senat aufgefordert, das BremWoBeG auf fünf Jahre zu befristen und seine Wirkung durch externe Gutachter evaluieren zu lassen.

Das am 7. Dezember 2017 in zweiter Lesung beschlossene Gesetz enthielt allerdings keine Ergänzung der Befristung beziehungsweise Evaluation. Damit entspricht das derzeit geltende BremWoBeG nicht den mehrheitlichen Beschlüssen der Bürgerschaft (Landtag). Mit dem Beschluss des vorliegenden Antrags wird der Fehler geheilt und eine verbindliche Befristung und Evaluation gewährleistet.

Darüber hinaus bleibt die inhaltliche Begründung für die Befristung bestehen: Die Novellierung des BremWoBeG sieht unter anderem eine Neustrukturierung und Ausdifferenzierung von Wohnformen vor. Diese und andere Umstände führen dazu, dass sich eine Strukturveränderung der rechtlichen Bedingungen in der Pflege ergibt, die sich in der Praxis erst noch bewähren muss. Aus diesen Gründen ist eine weitere Befristung des Gesetzes unabdingbar. Damit einher geht auch die Notwendigkeit, eine Evaluierung des BremWoBeG durch einen externen Gutachter vornehmen zu lassen. Erst auf dieser Basis kann das Gesetz dann entweder endgültig entfristet oder noch einmal überarbeitet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes

Der Senat verkündet das nachfolgende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Das Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz in der Fassung vom 12. Dezember 2017 (Brem.GBl. 2017, 730) wird wie folgt geändert:

Artikel 1

In § 41 werden folgende Absätze 3 und 4 neu eingefügt:

„(3) Die Erfahrungen mit diesem Gesetz sind bis zum 31. Dezember 2021 zu evaluieren und der zuständigen Deputation rechtzeitig vor Fristablauf zu berichten. Die Evaluation ist durch externe Gutachter durchzuführen.

(4) Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU

Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE